

Cuba kompakt

15. Dezember 2012, Ausgabe 98/99, Jahrgang 8, Herausgeber: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Köln

THEMA

Keine einseitige Freisetzung Alan Gross bleibt in Haft

Cuba hat heute die einseitige Haftentlassung des bei der US-Regierung unter Vertrag stehenden Alan Gross ausgeschlossen. Josefina Vidal, die für die USA zuständige Direktorin im cubanischen Außenministerium betonte vehement, dass die Lösung „nicht realistisch ist“. Sie bestand aber auf der cubanischen Bereitschaft, „einen sofortigen Dialog über diese Angelegenheiten“ zu eröffnen. In den letzten Tagen hatten sich die Falschmeldungen der US-Regierung zum Fall Gross gehäuft, besonders was dessen Gesundheitszustand angeht. Die US-Regierung behauptete, Gross leide an Krebs und werde nicht angemessen medizinisch betreut. Diese falschen Behauptungen hörten auch nicht auf, nachdem der Familie und den US-Behörden die Ergebnisse einer Biopsie übermittelt wurden, die man einer Wunde an der Schulter entnommen hatte. Daraus gehe



eindeutig hervor, dass Gross nicht an Krebs leide. Ein Team cubanischer Ärzte, Spezialisten auf Weltniveau, hätten Gross systematisch untersucht und eindeutig festgestellt, dass er weder an Krebs noch an einer anderen Krankheit leide, die sein Leben gefährde. Die Vereinigten Staaten hätten keinerlei Anhaltspunkte, die das Gegenteil beweisen würden, betonte Josefina Vidal.

Alan Gross (63 Jahre), aus dem US-Bundesstaat Maryland stammend, wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt. Er war angeklagt, die cubanischen Gesetze zur nationalen Sicherheit verletzt zu haben. Gross arbeitete für die US-Regierung, genauer gesagt für das Unternehmen Development Associates International (DAI), das im Dienst der Agentur USAID des US-Außenministeriums steht.

Die Aufgabe, die ihm zugewiesen worden

war, bestand darin, „verdeckt technische Ausrüstung für Kommunikation in Cuba einzuführen und zwar Geräte, die nicht im Handel erhältlich, sondern auf militärischen Gebrauch beschränkt sind. Damit sollte ein geheimes Übertragungs- und Empfangsnetz für Daten geschaffen werden, um Programme der US-Regierung mit Daten zu beliefern. Alan Gross' Mission wurde aus dem staatlichen Haushalt finanziert und hatte zum Ziel, die staatliche Ordnung Cubas umzustürzen“, heißt es in einer Erklärung des cubanischen Außenministeriums.

Vor einigen Tagen hatte seine Ehefrau, Judy Gross, die DAI und die US-Regierung auf eine Schadensforderung von 60 Millionen Dollar verklagt, mit der Begründung, dass ihr Ehemann nicht genügend über die Gefahren seiner Cuba Mission aufgeklärt worden sei.

Die Erklärungen der hohen Funktionärin des Außenministeriums der Insel machen deutlich, dass die Freilassung von Gross unweigerlich über eine Lösung im Fall der Fünf läuft, der fünf Cubaner, die in einem inzwischen weltweit angezweifelt Verfahren zu langen Haftstrafen verurteilt wurden, weil sie terroristische Gruppen in Miami infiltriert hatten. Die USA fordern von Cuba eine einseitige Lösung des Falles. „Das ist nicht realistisch“, sagte die hohe Funktionärin des Außenministeriums und sie fuhr fort: „Ich wiederhole heute noch einmal die Bereitschaft Cubas, sofort einen Dialog zum Thema Gross zu beginnen.“

R. F., Erklärung MINREX, rebelión

BLOCKADE

Verkaufsverbot für *Medical Instruments*

15 cubanische Kinder blind

Im letzten Jahr haben 15 cubanische Kinder ihr Augenlicht verloren, weil die US-Regierung verhindert, dass Cuba medizinische Geräte der US-Firma *Medical Instruments* erwerben kann. Die cubanische Ophthalmologie ist nicht in der Lage, die sogenannte Transpupillare Thermische Therapie anzuwenden, die nötig wäre, einen Krebs der Netzhaut zu bekämpfen. Deswegen haben allein im letzten Jahr 15 Kinder ihr Auge verloren. Das war nur eines der Beispiele, die der cubanische Außenminister vor der UNO-Abstimmung zur Aufhebung der Blockade der Generalversammlung bekannt machte, um zu verdeutlichen, wie die Bevölkerung unter den Folgen leiden muss.



BLOCKADE

188 Länder gegen die Blockade

Die Entschließung zur Verurteilung der Blockade gegen Cuba wurde in diesem Jahr von 188 Ländern angenommen. Drei waren dagegen – USA, Israel und die Palau-Inseln und zwei enthielten sich – die Marshall-Inseln und Mikronesien. Die angenommene Entschließung fordert laut der TELESUR Sonderberichterstatlerin Karina Cartagena von den USA nicht nur die Aufhebung der Blockade, sondern sie betont auch das Recht auf Souveränität und die Zurückweisung internationaler Interventionen.

Offensichtlich nahmen zwei Nationen mehr an der Abstimmung teil als im letzten Jahr, da die Zahl der Antragsbefürworter so hoch wie nie zuvor war. Man weiß aber nicht, welche Länder dies waren. Die Resolution ist bereits 21 Mal eingebracht worden. Beim ersten Mal 1992 stimmten nur 59 Länder dafür, 3 dagegen und 71 enthielten sich.

Diese Resolution drückt auch ihre Besorgnis darüber aus, dass kontinuierlich mit immer neuen Maßnahmen die Blockade weiter ausgeweitet werde. Dies habe schlimme Auswirkungen auf die cubanische Bevölkerung und auf Cubaner, die im Ausland lebten.

Vor der Abstimmung hatten mehr als 20 Redner ihre Ablehnung der Blockade betont. Sie verstoße gegen die Charta der Vereinten Nationen und gegen das internationale Recht. Der cubanische Außenminister wiederholte, dass es keine legitime und moralische Rechtfertigung gebe, um an diesem Überbleibsel des Kalten Krieges festzuhalten.

R. F., Cubadebate

Cuba Kompakt kostet Geld

Lieber Leser der CK,

wenn Sie in diesem Jahr die CK noch nicht finanziell unterstützt haben, bitte tun Sie es jetzt. Wir versuchen eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, aber das geht nur, wenn Sie uns dabei helfen.

Eine kleine Spende auf das Konto der Freundschaftsgesellschaft:

Postgiroamt Köln, Kto.- Nr.: 307 984 507, BLZ : 37010050, Stichwort: Cuba Kompakt

würde uns helfen, die Zeitung weiterhin herausgeben zu können.